



**Rede**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Finanzen**

**zur Vorstellung der Briefmarke  
„150 Jahre Deutscher Industrie- und Handelskammertag“**

**im Haus der Deutschen Wirtschaft**

**am 22. März 2011**

Es gibt mindestens zwei schöne Gründe für mich, heute hier zu sein: Erstens das 150jährige Bestehen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, kurz DIHK, und zweitens die zu diesem Anlass herausgegebene Briefmarke – bzw. das Postwertzeichen, wie es formal korrekt heißt. Der Bundesfinanzminister ist seit der Auflösung des Postministeriums zuständig für die Herausgabe von Postwertzeichen. Und ich kann Ihnen sagen, dass es wenig angenehmere Termine in seinem und auch meinem Arbeitsalltag gibt, als neue Sondermarken vorzustellen. Daher freue ich mich, hier und heute den Minister zu vertreten, der aufgrund anderer politischer Termine leider kurzfristig verhindert ist.

Nun zum DIHK. Der wurde am 13. Mai 1861 in Heidelberg als „Allgemeiner Deutscher Handelstag“ gegründet. Erster Präsident des DHT war David Hansemann, der zuvor schon das Amt des Präsidenten des Preußischen Handelstages bekleidete. Es war die erste Versammlung deutscher Kaufleute aus dem gesamten Gebiet des Zollvereins, also über die damaligen Staatsgrenzen hinweg. Denn das Deutsche Reich wurde ja erst 10 Jahre später - 1871 - gegründet.

Die Kaufleute haben also mit ihrem Zusammenschluss das einheitliche Wirtschaftsgebiet des Deutschen Zollvereins von 1834 nachvollzogen und – wenn man so will – die Reichsgründung vorweggenommen. Ihre Ziele waren klar definiert: Der Abbau

von Handelsbarrieren durch eine einheitliche Rechtsordnung in Form eines deutschen Handelsgesetzbuches, die Vereinheitlichung des Münzwesens, der Abbau von Durchfahrts- und Schifffahrtszöllen, die Förderung der wirtschaftlichen Freiheit – und als Endziel eben auch explizit die Einigung des Reiches.

Die gesteckten Ziele wurden erreicht: Noch im Jahr 1861 wurde von der Bundesversammlung des Deutschen Bundes das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch, Vorgänger des HGB von 1897, erlassen. Maße, Gewichte und Münzen wurden in den Folgejahren weiter angeglichen – eine effektive Vereinheitlichung kam dann mit der Reichsgründung 1871. Seitdem gab es in Deutschland die Mark zu 100 Pfennig und das metrische System für Maße und Gewichte.

Diese Vereinheitlichung und wirtschaftliche Vereinigung war eine ausschlaggebende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg des Kaiserreichs. Nach der Reichsgründung schloss Deutschland zu den führenden Industrienationen der Welt auf. Ein solcher Aufschwung wäre als staatlicher „Flickenteppich“ nicht denkbar gewesen.

Auch damals schon war also das Streben nach wirtschaftlicher Einheit treibende Kraft und Wegbereiter zur Schaffung politischer Einheit. Auch wenn es damals noch keine Globalisierung im heutigen Sinne gab, so war doch die wohlstandsschaffende

Wirkung der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit schon klar ins Bewusstsein der Staatslenker gerückt.

Der Prozess der Europäischen Einigung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs folgte dem gleichen Muster: Wirtschaftliche Einheit als Wegbereiter für politische Einheit.

Die Europäische Einigung begann mit der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Vergemeinschaftung der Montanindustrie war dabei jedoch ganz klar nicht nur ein ökonomisches Projekt, sondern vor allem auch ein politisches Projekt, das dem Frieden in dem vom Krieg so sehr gebeutelten Europa dienen sollte. Mit der Änderung der Bestimmung jener Gebiete, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, hat die Montanunion weitere Kriege zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich gemacht. Mit der Montanunion wurde so der Nukleus für die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung geschaffen – und man legte gleichzeitig auch den Grundstein für die Entwicklung einer politischen europäischen Föderation.

Auch wenn die politische Integration das klare Ziel der Einigungsbestrebungen war – von der „finalité politique“ des Integrationsprozesses sprach man erstmals 1955 bei der Konferenz in Messina zur Vorbereitung der Römischen Verträge –, so war

für die europäische Integration bis heute ein Grundprinzip bestimmend: Wirtschaftliche Einheit führt zu politischer Einheit. Oder anders ausgedrückt: Wirtschaftliche Entwicklungen laufen politischen Entwicklungen (oftmals) voraus und bedingen diese.

Deshalb war auch der gemeinsame europäische Binnenmarkt 1992 ein entscheidender Schritt zur Europäischen Einigung – vergleichbar mit der Gründung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes durch den Deutschen Zollverein auf dem Weg zur Einheit des Deutschen Reiches im 19. Jahrhundert. Danach folgte 1999 die Europäische Währungsunion mit dem Euro. Wie im Deutschen Reich kam auch in Europa die einheitliche Währung nach dem gemeinsamen Wirtschaftsraum.

Der Europäische Binnenmarkt und die gemeinsame Währung haben für die europäische Wirtschaft einen hohen, kaum konkret schätzbaren Wert. Das gilt ganz besonders für die deutsche Wirtschaft, die hochgradig wettbewerbsfähig und exportorientiert ist: Etwa zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die Länder der EU, und davon der überwiegende Teil in die Euro-Staaten. Allein die weggefallenen Währungsschwankungen bedeuten jährliche Einsparungen für deutsche Unternehmen von mehreren Milliarden Euro. Deshalb ist es auch keine Frage, dass es zum Euro keine vernünftige ökonomische Alternative gibt – übrigens auch keine politische.

Zur Stärke der deutschen Wirtschaft tragen auch die Leistungen der örtlichen Industrie- und Handelskammern bei. Dort findet der Informationsaustausch insbesondere auch zwischen den vielen mittelständischen Unternehmen statt, die erfolgreich Waren und Dienstleistungen exportieren – unsere berühmten „hidden champions“, um die uns viele Länder beneiden. Hinzu kommen die Informationsangebote der Auslandshandelskammern in 80 Ländern zu potenziellen ausländischen Absatzmärkten.

Die Welt ist durch die Globalisierung zusammengerückt – zuerst ökonomisch, aber unter dem Eindruck der jüngsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch politisch. Dabei gibt es mehr bedeutende Akteure auf den internationalen Märkten als früher – ein Hinweis auf China und Indien genügt an dieser Stelle. Um in dieser neuen, multipolaren Welt zu bestehen, braucht es enge, leistungsfähige Partner. Ein solches Netzwerk stellt für Deutschland die Europäische Union dar, die deutsche Wirtschaft findet es im DIHK.

Die von der Grafikerin Frau Nadine Nill entworfene Briefmarke macht deutlich, was die besondere Stärke des DIHK ausmacht: die regionale Verankerung durch die 80 Industrie- und Handelskammern. Nur so können die Probleme vor Ort ausreichend Gehör finden. Wenn es dann um allgemeine, überregionale Fragen geht, ist der DIHK zur Stelle – und vertritt schlagkräftig

die Interessen „seiner“ 3,6 Mio. Unternehmen gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Institutionen. Aber dazu will ich mich hier und heute gar nicht näher äußern. Denn zu Ihrem Jubiläum wünsche ich Ihnen – völlig uneigennützig – weiterhin viel Erfolg!